

tätsverlust zugunsten des nationalsozialistischen Deutschlands noch zu bieten haben, ist jüngst in Dieter Schenks Arbeit über Albert Forster sichtbar geworden.¹

Leipzig

Peter Oliver Loew

¹ DIETER SCHENK: Hitlers Mann in Danzig. Albert Forster und die NS-Verbrecher in Danzig-Westpreußen, Bonn 2000 (vgl. Besprechung in ZfO 49 [2000], S. 421 f.)

Gerhard Brandtner, Ernst Vogelsang: Die Post in Ostpreußen. Ihre Geschichte von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert. (Einzelschriften der Hist. Komm. für ost- und westpreußische Landesforschung, Bd. 19.) Verlag Nordostdeutsches Kulturwerk. Lüneburg 2000. 467 S., 134 Abb., Ktn. (DM 63,-)

Zwei ‚Dilettanten‘ im guten Sinne, Liebhaber ihres wissenschaftlichen Arbeitsgebietes, legen mit diesem Band eine zu großen Teilen aus Akten gearbeitete Postgeschichte Ostpreußens einschließlich des Ermlands vor, von den ‚Boten- und Transportdienste(n) des Deutschen Ordens‘ bis 1945. Detailreich und umfassend werden Informationen über alle Bereiche des Postdienstes geboten. Für die Frühe Neuzeit sind das neben der Nachrichtenverbreitung durch Boten besonders der Personen- und Frachtverkehr sowie das Zeitungswesen, wobei seltsamerweise über die ersten Königsberger Zeitungen, gedruckt von Fabricius (Schmidt) und Segebadé, nichts verlautet. Dafür werden auch sonst wenig behandelte Teilbereiche nicht vergessen, zum Beispiel die Tätigkeit fremder Boten im Ordensstaat und in Preußen oder die Kontrolle der Beförderungsgeschwindigkeit. Terminologisch lehnt sich die Darstellung der frühneuzeitlichen Postgeschichte an Albert Gallitsch an, was sich nicht immer als Gewinn erweist, da es fraglich ist, ob Gallitschs Annahme einer gesonderten ‚Ämterpost‘ – eine Annahme, die sich an den Voraussetzungen einer staatlichen Einrichtung ‚Post‘ orientiert – oder die Unterscheidung von Binnen- und Außenverkehr den Einrichtungen vor der allgemeinen Zugänglichkeit der ‚Staats‘-Post gerecht werden kann. Gemäß der am Anfang gegebenen Definition von ‚Post‘ als einer staatlichen Anstalt, deren Dienstleistungen allgemein zugänglich sind, wird erst die preußische Staatspost ab 1641 eine ‚Post‘ genannt. Auf sie ist die Darstellung zentriert. Das frühneuzeitliche Botenwesen erscheint, streng genommen, als Vorgeschichte der Staatspost, weiterbestehende ältere Dienstleistungen wie die Beförderung durch Bauern (‚Ämterpost‘) und Konkurrenzunternehmen werden zu Hindernissen auf dem Weg zur einheitlichen staatlichen Posteinrichtung. Diese wird mit ihren Kursen und Leistungen detailreich und liebevoll beschrieben, von Pferden und Postkarren über die Gebührenordnung bis zur Entlohnung der Postillione. Auch die Auswirkungen von Kriegen und Herrschaftswechsels sowie der grenzüberschreitende Postverkehr werden behandelt.

Für die Darstellung der Postgeschichte seit der Industrialisierung liefert in den Kap. X bis XVI die Geschichte der Nachrichtentechnik und der Verkehrsmittel das Gliederungsprinzip. Die jeweilige technische Neuerung (Telegraf, Telefon, Funk – d.h. Sprech- und Rundfunk –, Eisenbahn, Kraftfahrzeug, Schiff und Flugzeug, schließlich die Büro- und Rechentechnik) werden kurz vorgestellt und in ihrer Bedeutung für die Post und ihre Dienste erläutert. Auch dabei rückt das Bemühen um Vollständigkeit manche sonst wenig beachteten Aspekte ins Licht: Wer würde schon in einer Postgeschichte ein Kapitel über die Auszahlung von Renten vermuten oder die kurze Geschichte des Königsberger Flugplatzes Devau – er stand im Zentrum des Luftpostdienstes für Ostpreußen. Kap. XVII behandelt die Einrichtung der Reichspost und ihre Entwicklung bis 1914, wobei dem Personal der Post besondere Aufmerksamkeit gilt. Die Kap. XVIII bis XX orientieren sich an den Zäsuren der politischen Geschichte (1918, 1939 und 1945) und handeln vor allem vom Postdienst unter den erschwerten Bedingungen von Kriegen und Wirtschaftskrisen. Daß ‚die Post‘ in diesen Kapiteln eher als Objekt, um nicht zu sagen, als Opfer der Politik erscheint denn als politisch handelnde Organisation, liegt vermutlich an der Aktenlage:

Die wesentlichen Entscheidungen, die den Postdienst betrafen, wurden nach Errichtung der Reichspost zentral in Berlin gefällt.

Wegen des Reichtums an Detailinformationen ist das Buch vielleicht eher zum Nachschlagen als zum „Durchlesen“ geeignet. Lobend muß man die zahlreichen Abbildungen erwähnen, die in besonderer Art zum „Schmökern“ verleiten können.

Berlin

Esther-Beate Körber

Richard Blanke: Polish-speaking Germans? Language and National Identity among the Masurians since 1871. (Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart, 24.) Böhlau Verlag. Köln, Weimar u.a. 2001. 372 S., Ktn., Tab. (€ 39,90.)

Seit Max Toeppens 1870 publizierter „Geschichte Masurens“ fehlte ihre Fortsetzung im 19. und 20. Jh.: jenes Kapitels masurischer Geschichte, das in die Zeit des unseligen deutschen und polnischen Nationalismus fiel. Auf einen besonderen Aspekt dieser Zeit – Sprache und nationale Identität – konzentriert sich die neue Studie von Richard Blanke. Der Vf., Historiker an der University of Maine, legt eine umfassend recherchierte Arbeit vor. Für ihn stellen die Masuren das eindrucksvollste und bestdokumentierte Beispiel einer europäischen Ethnie dar, die ihre nationale Identität entgegen ihrer Muttersprache ausbildete. Daher – und das ist B.s Leitfrage – geht es darum, wie es zu dieser bemerkenswerten Ausnahme kam und welche äußeren und internen Umstände diesen Prozeß förderten. Schon mit der Frage „polnischsprachige Deutsche“ im Titel wird der scheinbare Widerspruch verdeutlicht, den zu klären sich der Autor zum Ziel gesetzt hat.

Faktenreich und nachvollziehbar untersucht B. die verschiedenen Kulminationspunkte im Assimilationsprozeß. Vom Sprachenstreit im 19. Jh. über den Beginn einer polnischen Masurenbewegung richtet er sein Hauptaugenmerk auf die Volksabstimmung, die für ihn die eindeutige Zäsur im Identitätsbildungsprozeß darstellte. Unabwendbar hatten sich die Masuren seitdem auf einen deutschen Kurs festgelegt, der von den Nationalsozialisten nur noch dankbar aufgegriffen werden mußte. Die nach 1945 in ihrer Heimat verbliebenen Masuren wurden durch die polnische Verifizierungspolitik noch einmal instrumentalisiert. Dem polnischen Werben antworteten sie mit innerer Emigration und verharren in ihrer deutschen Identität, bis ihnen die Ausreise nach Deutschland möglich wurde.

Zweifellos sind B.s Argumente schlüssig und daher auch seine Schlußfolgerungen nachvollziehbar. Ein Problem seiner Darstellung birgt die weitgehend unkritische Rezeption der deutschen und polnischen Forschungsliteratur bis 1989, die fast ausnahmslos im Zeichen einer einseitigen Legitimationsforschung stand. Wertungen aus dieser Zeit, aber auch die dort angeführten Zahlen, bedürfen grundsätzlich einer kritischen Interpretation, da ihnen häufig bereits eine einseitig nationale Wunschvorstellung vorausging.

Umstritten bleibt das positiv gezeichnete Bild des Assimilierungsprozesses, bei dem der Autor weder ein aktives Eingreifen staatlicher Behörden noch der evangelischen Kirche erkennen mag. Vielmehr – so der Vf. – begleiteten diese die von den Masuren stets subjektiv begrüßte Assimilierung nur mit flankierenden Maßnahmen, nicht aber mit repressiven Methoden. Das ist sicherlich eine Interpretationsfrage. War nicht die kleindeutsche Reichsgründung mit ihrem Wunschbild eines ethnisch homogenen Nationalstaats die treibende Kraft für eine rigorose, alle regionalen Spezifika ignorierende Germanisierungspolitik? B. berücksichtigt äußere Einflüsse auf den masurischen Assimilierungsprozeß nicht genügend, obwohl doch spätestens mit Wojciech Kętrzyńskis Appell „O Mazurach“ 1872 eine deutsch-polnische Dimension und damit ein binationaler Dauerstreit über die ethnische Zugehörigkeit Masurens ausgelöst worden war. Dabei spielte weniger die aktive polnische Masurenarbeit eine Rolle, die – wie der Autor zu Recht unterstreicht – völlig unbedeutend war. Vielmehr boten die polnischen Aktivitäten dem preußisch-deutschen Staat die Möglichkeit, mit vermeintlich „präventiven“ Maßnahmen ihre „Grenz- und Volkstumspolitik“ zu rechtfertigen, die den Masuren in Wirklichkeit keine reale Option bot. Denn in Masuren besaßen deutsche Behörden – ob in Gestalt des Landrats, des Lehrers oder des Pfarrers –